

Sperrfrist 17 Uhr

Rede von Oberbürgermeister Jürgen Roth zur Einbringung des Doppelhaushalts 2026/2027 im Gemeinderat am 04. Februar 2026.

– Es gilt das gesprochene Wort –

*Meine sehr geehrten Stadträtinnen und Stadträte,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
werte Vertreter der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,*

heute bringen wir keinen gewöhnlichen Haushalt ein.

Wir beraten einen Doppelhaushalt in einer Zeit, in der vieles gleichzeitig auf uns einwirkt: wirtschaftliche Unsicherheiten, gesellschaftliche Erwartungen, neue gesetzliche Verpflichtungen und strukturelle Veränderungen, die wir uns nicht ausgesucht haben.

Ein Haushalt ist dabei weit mehr als eine Zusammenstellung von Zahlen.

Er ist Ausdruck politischer Haltung.

Er ist ein Spiegel unserer Prioritäten.

Und er ist eine Entscheidung darüber, welchen Weg wir als Stadt einschlagen.

Optimismus bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, Probleme zu überdecken.

Optimismus bedeutet, trotz schwieriger Rahmenbedingungen Verantwortung zu übernehmen und handlungsfähig zu bleiben.

Genau darum geht es heute.

I. Ausgangslage: Äußere Bedingungen: Politik, Wirtschaft, Regulationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bevor wir über Prioritäten sprechen, müssen wir die Ausgangslage ehrlich benennen. Ein erheblicher Teil unseres Haushalts ist durch Dritte vorgezeichnet:

Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** bleiben herausfordernd: Eine zögerliche Konjunktur, verhaltene Investitionsbereitschaft, Unsicherheit in vielen Branchen. Deutschland hat seit mindestens 2020 durchgängig ein negatives Ergebnis bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Auch 2025 zeichnet sich laut vorläufigen Daten wieder ein Defizit in der Größenordnung von rund minus 2,4 Prozent des BIP an.

Umso dankbarer bin ich, dass wir dank unseres Gewerbes und der Industrie stabile Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 83 Millionen Euro aufweisen. Von Gewerbesteuererbrüchen wie in Stuttgart -33 Prozent, Sindelfingen -30 Prozent und anderer Städte sind wir bislang nicht nur verschont geblieben. Wir haben sogar ein Plus von 3,8 Prozent verzeichnet.

Doch die Zurückhaltung der Unternehmen, also die Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland oder andernorts spüren auch wir.

Die **Kreisumlage** steigt um 2,5 Prozentpunkte auf 65,9 Millionen Euro – ein Plus von 12,6 Millionen Euro. Seit 2015 hat sie sich für VS nahezu verdoppelt. Hauptursachen sind die Beträge, welche für Bundesteilhabegesetz, Jugendhilfe, und Tarifsteigerungen, Wohnungskosten ausgegeben werden. Bei den Tarifsteigerungen teilen Stadt und Kreis das gleiche Schicksal.

Das **Defizit des Klinikums** schlägt ebenfalls über die Kreisumlage durch. Wir arbeiten alle daran, dass die Talsohle bald erreicht wird. An dieser Stelle mein Dank an alle Mitarbeiter des Klinikums für die wertvolle Arbeit.

Gleichzeitig steigen die **Tariflöhne** im öffentlichen Dienst – richtig und notwendig, aber belastend für unseren Personalhaushalt. Er steigt erstmals auf über 104 Millionen Euro.

Hinzu kommen neue **Rechtsansprüche im Bereich der Schulkindbetreuung in den Grundschulen**, die wir erfüllen müssen, ohne dass die Finanzierung auskömmlich wäre.

Gleichzeitig steigen unsere **Transferaufwendungen**, also Zahlungen an das Land, den Kreis und andere Dritte, auf 156,1 Millionen für das laufende Jahr. Das sind über 50 Prozent unserer gesamten Aufwendungen im Ergebnishaushalt für 2026. Fügen wir dann noch in die

Gleichung die Personalausgaben mit ein, dann sind wir bereits bei über 70 Prozent unserer Ausgaben, die fremdbestimmt sind.

Und: Jede Baumaßnahme wird teurer, Verfahren dauern länger, Bürokratie bremst uns aus. 500 Milliarden Euro stehen bundesweit bereit, 16.000 Brücken sind marode – aber 85 Prozent der Projektzeit entfallen inzwischen auf Planung, Gutachten und Beteiligungen. Am Geld liegt es nicht, sondern an den Verfahren.

Ich bin dankbar, dass der Bund ein Sondervermögen für Infrastruktur aufgelegt hat und VS hieraus 51 Millionen Euro erhält. Das lindert Symptome, aber nicht die Ursachen. Was wir brauchen, sind mehr Freiräume vor Ort und Mut zu neuen Wegen.

All diese Faktoren setzen den Rahmen, in dem wir unseren Doppelhaushalt aufstellen. Einen Rahmen, den wir nicht gewählt haben, aber gestalten müssen. Dank weitsichtiger Entscheidungen dieses Gremiums können wir – anders als manch andere Städte – weiterhin selbst bestimmen, welchen Weg wir einschlagen. **Und für mich ist dieser Weg klar: nach vorne.**

II. **Haushaltskonsolidierung**

Unser Thema ist also der Ergebnishaushalt.

Als wir in der Verwaltung mit den Haushaltsüberlegungen, inklusive „*Wünsch Dir was*“, begonnen haben, stand ein strukturelles Defizit von rund 45 Millionen Euro im Raum.

Das war ein überdeutliches Warnsignal.

Darauf haben wir – Verwaltung und Gemeinderat – sachlich und ohne Tabus reagiert. In zwei Sitzungen am 9. und 28. Januar haben wir jede Position geprüft und rund 260 Maßnahmen bewertet. Wir haben bewusst mit der Ausgabenseite begonnen, um strukturelle Verbesserungen zu erreichen, und erst danach die Einnahmen betrachtet.

Und hier ein Hinweis, bevor wir einen Blick in das dicke Buch werfen.

Die Vorschläge vom 9. und 28. Januar sind nur in Teilen eingearbeitet, werden aber bis auf eine Ausnahme vollumfänglich über die **Änderungsliste** in den Ausschüssen Ende des Monats erörtert. Hier bitte ich einfach um Rücksicht auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei. Sie leisten seit Herbst Erhebliches, aber auch ihre Ressourcen sind endlich. Ich möchte mich hier bei allen von Herzen bedanken.

Im Ergebnis konnten wir 7,9 Millionen Euro für 2026 und 13,3 Millionen Euro für 2027 an Potential unserer Ausgaben für die Beratung identifizieren und hier vorschlagen. Dadurch reduziert sich das Defizit deutlich: Auf 18,5 Millionen Euro für das Jahr 2026 und 13,8 Millionen Euro für das Jahr 2027.

Ich kann also bereits vorwegnehmen: Die Zahlen auf Basis der Änderungsliste sind erheblich positiver als die in dem vor Ihnen ausgelegten Werk.

Wir werden voraussichtlich am 4. März einen Doppelhaushalt verabschieden – mit Maßnahmen, die spürbar sein werden und Veränderungen mit sich bringen. Die eigentliche Herausforderung wird sein, diese Entscheidungen zu vertreten. Viele von uns werden Gespräche führen müssen – auf dem Wochenmarkt, beim Metzger, beim Bäcker. Ich bitte darum, dabei immer zu betonen, dass wir diesen Entwurf anpassen mussten und gleichzeitig Wege suchen, Veränderungen gut zu begleiten.

II.a Haushaltskonsolidierung: Verwaltung

Bei den Ausgabekürzungen geht deshalb die **Verwaltung** voran:

Wir sparen jährlich ein Prozent der Stellen über **Fluktuation** ein. Ausgeklammert ist hier auch wieder der pädagogische Bereich. Insgesamt erkennen wir Einsparpotentiale im Umfang von 17,0 Stellen für 2026 und 2027. Mit diesen Stellen sind ab 2028 jährlich rund 900.000 Euro an Einsparungen möglich. Da die Stellen überwiegend erst im Laufe der Haushaltsjahre eingespart werden können, wirken sich die Stellenkürzungen erst im Stellenplan 28/29 vollumfänglich aus.

Konsolidierung bedeutet nicht nur Sparen. Konsolidierung bedeutet strukturelle Verbesserung.

Und hier zeigt sich, dass die Schaffung des Amtes für Digitalisierung und IT von vor zwei Jahren, ein echter Game-Changer war.

Das gesamte digitale Wissen ist in einem Amt gebündelt und aus dieser Stärke heraus, sind wir in der Lage verschiedene Prozesse gleichzeitig durchzuführen:

- Microsoft 365 schafft neue Formen der Zusammenarbeit.
- SAP ersetzt Insellösungen im Rechnungswesen. Hier ein Dank an das Amt für Finanzen und Controlling.
- Durch das Haupt- und Personalamt wird der digitale Postein- und -ausgang eingeführt und reduziert künftig Bearbeitungszeiten.
- Der Einsatz datenschutzkonformer KI verbessert interne Abläufe.

Diese Positionen sind für mich Paradebeispiele für die Möglichkeiten der Digitalisierung. Diese Potentiale müssen wir noch stärker nutzen. Auch und gerade wegen der schwierigen Suche nach Fachkräften und unseren Herausforderungen im Ergebnishaushalt.

Auch **Robotik** eröffnet neue Möglichkeiten: In Schulen und Dienststellen testen wir Reinigungsroboter, und bei der Pflege von Rasenflächen und Sportplätzen werden wir den Einsatz von Mährobotern angehen.

Durch die **Zusammenführung von Dienststellen** – etwa auf dem Oberen Brühl oder im Rössle – sparen wir künftig Miete und schaffen Synergien.

Durch eine mögliche **Konzentrierung des JuBIS** und anderer Dienststellen an einem Ort können zusätzliche Einnahmen durch Veräußerungen generiert werden. Dazu zählen die Josefsgasse, Metzgergasse, Münsterplatz oder Rietstraße.

Rede von Oberbürgermeister Jürgen Roth zur Einbringung des Haushalts 2026/27 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2030 im Gemeinderat am 04.02.2026

Wir überprüfen zudem **Doppelstrukturen**, etwa bei der Bibliothek oder bei Lagerflächen. Diese Maßnahmen heilen den Haushalt nicht sofort, aber sie zeigen den Weg: Wir als Verwaltung machen unsere Hausaufgaben und scheuen uns nicht vor schmerzlichen Einschnitten.

All diese Maßnahmen heilen nicht den Haushalt sofort, aber sie zeigen den Weg auf. Die Kernbotschaft für mich und ich würde mir wünschen, dass Sie diese für sich auch mitnehmen, ist deshalb vor allem diese: ***Wir als Verwaltung, wir machen unsere Hausaufgaben. Wir scheuen uns auch nicht vor schmerzlichen Einsparungen.***

Die bittere Erkenntnis bleibt jedoch: Durch Einsparungen und Zusammenführungen von Aufgaben und Verwaltungseinheiten allein können wir externe Effekte und gesetzliche Ansprüche, nicht kompensieren.

II.b Haushaltskonsolidierung: Ausgabenseite

Die Verwaltung hat bei sich begonnen. Der Gemeinderat war sich jedoch einig, dass diese Maßnahmen allein nicht ausreichen.

Der Gemeinderat hat sich daher in den beiden Sitzungen am 09. und 28. Januar mehrheitlich für Maßnahmen ausgesprochen, die die Stadtgesellschaft auch direkt und sichtbar betreffen.

Den **Vereinen** soll künftig zehn Prozent weniger an Zuschüssen bereitgestellt werden, also analog zu den Kürzungen für die Ortschaften und die Verwaltungsbudgets.

Bei den **städtischen Veranstaltungen** sollen die Formate angepasst werden:

- Die Kulturnacht fortan nur noch alle zwei Jahre.
- Der Weihnachtsmarkt jährlich abwechselnd in den Stadtbezirken.
- Der Stadtstrand mit einem kleineren Rahmenprogramm.

Hier möchte ich aber auch Formate angehen, die ohne Zusatzkosten ähnliche Veranstaltungen in 2026 ermöglichen.

Sichtbar werden die Einsparungen auch beim Thema **Aufenthaltsqualität** am Beispiel von weniger Blumendekor und reduzierten Pflegeintervallen.

Im **Bildungsbereich** hat man sich dafür ausgesprochen, das Budget für die Schulsozialarbeit um zehn Prozent zu reduzieren sowie das Leistungsangebot der Bibliothek in Villingen.

Die Musikakademie soll künftig an den Gebäudekosten beteiligt werden. Und das Abendgymnasium wird nur fortgeführt, wenn sich genügend Schüler anmelden, um ein eine Förderung durch das Land zu erhalten. Schon jetzt unterschreiten wir diese Vorgabe, erhalten jedoch eine Unterstützung durch die Annette Hechinger Stiftung.

Bei der **Landwirtschaft** reduzieren wir die Instandhaltungsmaßnahmen auf ein Minimum, das heißt, auf die Sicherstellung der Verkehrssicherung.

Diese aufgezählten Bereiche sind nur eine Auswahl aus den insgesamt 177 Maßnahmen, die wir umsetzen möchten. Näheres finden Sie in der Anlage durch das Amt für Finanzen und Controlling.

II.c Haushaltskonsolidierung: Einnahmenseite

Auch auf der Einnahmenseite kommen wir überein, Potenziale zu identifizieren. Ein besonders sensibler Bereich ist dabei die Finanzierung der Ganztags- und Kinderbetreuung.

Die **Kitagebühren** sollen in VS schrittweise an den Landesdurchschnitt herangeführt werden. Wir liegen derzeit auf dem Stand der Empfehlungen von 2020. Durch eine Anpassung des Elternanteils von zunächst zehn auf zwölf Prozent der Gesamtkosten nähern wir uns damit dem Landesdurchschnitt, den wir 2028 erreichen wollen. Die Kommune und das Land tragen aber weiterhin rund 88 Prozent der Gesamtkosten. Diese Entscheidung ist nicht leicht, aber sie ist verantwortungsvoll – denn wir müssen die Gesamtheit unserer rund 90.000 Bürgerinnen und Bürger im Blick behalten.

Beim Ganztags an Grundschulen hat der Bund ab dem Schuljahr 2026/27 einen Rechtsanspruch für Montag bis Freitag mit täglich acht Stunden beschlossen, der bis 2029/30 für alle Grundschüler vollständig greift.

Die Absichten des Bundes und des Landes sind sicher nur die besten, zumindest für die Eltern und Kinder. Für die Kommunen habe ich da jedoch meine Zweifel. Eine auskömmliche Finanzierung erhalten Städte und Gemeinden nämlich erst ab dem Schuljahr 2029-30, wenn der gesetzliche Anspruch also für alle Klassenstufen 1 bis 4 gilt. **Auskömmlich bedeutet jedoch nicht vollumfänglich.** Denn das Land beteiligt sich mit einem Betriebskostenzuschuss von maximal 68 Prozent. Das ist viel, aber es deckt nicht die gesamten Kosten, die durch den Rechtsanspruch auf uns und die Eltern zukommen sollen.

Der Gesetzgeber legt die Entscheidung also in unsere Hände, ob beziehungsweise wie wir unsere Eltern in die Finanzierung einbeziehen möchten. Hier war zu entscheiden, ob die Kommune kein eigenes Geld investiert, weil ja Schule grundsätzlich Landessache ist und wir damit nicht wirklich involviert sind. Aber wir folgen hier im Entwurf auch dem Wunsch des Landes und der kommunalen Familie, dass wir, wie in der Kindertageseinrichtung gemeinsam Verantwortung übernehmen. Ich danke der Ideenwerkstatt, dass es dem Verwaltungsvorschlag folgt, der eine Finanzierung analog zur Empfehlung der kommunalen Landesverbände vorsieht: 68 Prozent zahlt das Land, 12 Prozent die Stadt und 20 Prozent die Eltern der Klassen 1 in 26/27 und Klasse 2 ab 27/28! In Euro bedeutet eine zwanzigprozentige Beteiligung der Eltern einen monatlichen Betrag von 70 Euro für eine täglich acht Stunden Betreuung an fünf Tagen. Aber alle Eltern haben die Wahl, auch weniger zu bezahlen, wenn sie weniger Betreuungszeit buchen. Dieser Betrag geht von der maximalen Belegungszeit aus.

Die Inanspruchnahme der Landesmittel ist allerdings im Rahmen der Rechtsform §4a Schulgesetz für uns noch nicht möglich, da dort die Umwandlung von Lehrerwochenstunden in Geld zur Finanzierung der Ganztagskosten vorgesehen ist. Dies hat aber für die Kommune einen geringeren Teil der Aufwendungen und Personalkosten im Ganztags zur Folge, als die neue 68 Prozent-Bezuschussung. Auch dürfen bei den sogenannten 4a-Schulen keine Elterngebühren für die achtstündige Kernbetreuungszeit erhoben werden. Die Verwaltung wird daher in einer der kommenden Sitzungen eine Beschlussvorlage für die Umwandlung der 4a-Schulen in Schulformen mit der Finanzierung durch das Land einbringen. Bis dahin haben wir noch einen Übergangszeitraum. Die betroffenen Schulen und die Eltern informieren wir ausführlich und umgehend nach den Haushaltsberatungen. Dadurch profitieren wir maximal von den Landesmitteln.

Weitere Maßnahmen, die Ertragsseite zu erhöhen, sind die **Anhebung der Grundsteuer B, der Hundesteuer oder der Vergnügungssteuer.**

Auf eine Erhöhung der Gewerbesteuer und Grundsteuer A haben wir verzichtet. Ebenso verzichten wir auf die Einführung einer Grundsteuer C und erneut auf eine Verpackungssteuer.

Damit möchten wir, dass VS ein verlässlicher und attraktiver Standort für unsere Unternehmen und Bürger bleibt.

Summieren wir alle Potentiale der insgesamt 177 Maßnahmen, können wir eine Verbesserung im Ergebnishaushalt von 7,8 Millionen allein für das laufende Jahr 2026 erreichen. Dieses steigt in den Folgejahren an, weil nicht alle Maßnahmen sofort in Kraft treten. Manche bedürfen beispielsweise eine Änderung der Satzung, die durch den Gemeinderat gesondert vorzunehmen ist.

Auf dieser Grundlage liegt nun der Entwurf vor, den ich heute einbringe: Prioritäten setzen, Aufgaben kritisch hinterfragen, Einschnitte vornehmen. Und bei aller Notwendigkeit von Einschnitten gilt für mich ein Grundsatz unverändert, den ich bereits beim Neujahrsempfang betont habe: **Kaputtsparen ist keine Option:** Kultur, Sport, Bildung, unsere Vereine – all das macht Villingen-Schwenningen lebenswert und identitätsstiftend; unabhängig ob Freiwillig oder Pflicht. Es gehört zu meinem Grundverständnis, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern verlässliche Angebote geben – trotz und gerade in schwierigen Zeiten.

Der Abbaupfad 2026/27 endet aber nicht, sondern muss ab Juni weitergegangen werden, um unseren Haushalt mittelfristig ins Lot zu bringen. Dazu gehören aber zwingend Verbesserungen in den Rahmenbedingungen von Bund und Land für die Kommunen!

Rede von Oberbürgermeister Jürgen Roth zur Einbringung des Haushalts 2026/27 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2030 im Gemeinderat am 04.02.2026

III. Ergebnishaushalt:

III.a Erträge

Bevor wir konkret auf die Ertragsseite blicken, nochmal der Hinweis: Die beschlossenen Maßnahmen auf der Ertragsseite sind noch nicht in diesem Entwurf berücksichtigt, sondern finden sich auf der Änderungsliste wieder.

Für 2026 und 2027 erwarten wir Erträge im Ergebnishaushalt nach der Änderungsliste vom 03.02.2026 in Höhe von insgesamt 333,4 Millionen Euro beziehungsweise 337,7 Millionen Euro in 2027.

Diese setzt sich zusammen aus **Gewerbesteuer** als unsere wichtigste Position. Insgesamt gehen wir von Einnahmen in gleicher Höhe wie 2025 aus. Dazu kommen die Einkommens- und Umsatzsteuer.

Die **Grundsteuer A** bleibt ebenso unverändert.

Veränderungen werden wir wie erwähnt in der **Grundsteuer B** vornehmen. Hier sprechen wir weiterhin von aufkommensneutraler Höhe. Jedoch waren wir 2025 500.000 Euro unter dem Ansatz und schlagen vor, diesen Betrag und nur diesen auszugleichen, in dem wir um 3,16 Prozentpunkte die Steuer anheben.

Bei der **Vergnügungssteuer** erhöhen wir um einen Prozentpunkt zum Vorjahr. Noch höher gehen ist aus rechtlichen Gründen nicht zulässig.

Die **Hundesteuer** setzen mit einem Wert von 445.000 Euro an. Hier wurde ebenfalls eine Anhebung um einen Euro pro Monat beschlossen für den Erst-Hund und weitere vier Euro pro Monat für die weiteren Hunde. Dieser Beschluss findet sich im Entwurf noch nicht wieder.

Die **Schlüsselzuweisungen des Landes** gemäß Finanzausgleichgesetz belaufen sich in 2026 auf 92,5 Millionen Euro und 2027 auf 91,1 Millionen Euro.

Fassen wir alle Einnahmen zusammen, erhöht sich unsere Ertragsseite um rund acht Millionen Euro gegenüber dem Plan 2025.

III.b Ergebnishaushalt: **Aufwendungen**

Den Einnahmen stehen im Ergebnishaushalt 2026 und 2027 **Aufwendungen** auf Basis der Änderungsliste vom 03.02.2026 in Höhe von 351,9 respektive 351,5 Millionen Euro gegenüber. Wie oben genannt, steigt unsere Ausgabenseite dynamischer als unsere Einnahmenseite aufgrund gesetzlicher Ansprüche, Tarifsteigerungen und anderer Faktoren Dritter.

Sehr eindrücklich erkennen wir dies bei den **Transferaufwendungen**. Sie bilden den größten Posten im Ergebnishaushalt, mit 156,1 Millionen Euro für 2026 beziehungsweise 157,6 Millionen Euro für 2027.

Hierin fällt unter anderem die **Kreisumlage**. Sie steigt um 2,5 Prozentpunkt auf 34,5 Prozentpunkte, eine Erhöhung um 12,6 Millionen Euro für Villingen-Schwenningen. Für 2026 ergibt das 65,9 Millionen Euro, für 2027 66,3 Millionen Euro.

Neben der Kreisumlage gehören zu den Transferaufwendungen vor allem Aufwendungen für Sozialleistungen sowie FAG-Umlage, Gewerbesteuer-Umlage, Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen für die Kindertageseinrichtungen, die Schulsozialarbeit, Zuschüsse an Vereine und Institutionen und vieles mehr.

Die **Personalaufwendungen** bilden den zweiten großen Bereich im Ergebnishaushalt. Lagen diese 2015 bei 53,3 Millionen Euro, wies der Ansatz für 2025 99,5 Millionen Euro aus. Für die Jahre 26 und 27 rechnen wir mit 104,3 beziehungsweise 108,8 Millionen Euro. Ein Hauptgrund sind vom Gesetzgeber geschaffene Rechtsansprüche an Kitas und Grundschulen sowie Tarifsteigerungen. Hinzu kommt jährlich eine Million Euro für sonstige Beschäftigungsentgelte für Honorarkräfte an der VHS.

In der Realität sind jedoch selten bis nie alle Stellen durchgängig besetzt. Die Erfahrung zeigt, dass aufgrund vorübergehender Stellenvakanzen, bedingt durch das Ausscheiden von Mitarbeitenden, der Ansatz für die Personalausgaben erheblich vom Rechnungsergebnis abweicht. Aus diesem Grund wurden entsprechende Kürzungen bereits im Ansatz in Höhe von rund 3,8 Millionen Euro für 2026 vorgenommen, respektive 4,0 Millionen Euro für 2027.

Für den **Stellenplan 2026 werden insgesamt 24 neue Stellen ausgewiesen; für 2027 29,5 neue Stellen**. Hier entfallen allein 7,5 Stellen in die Bereiche Ganztagesbetreuung an Grundschulen und Kita für dieses Jahr beziehungsweise 21 Stellen für 2027.

Die weiteren Stellen erklären sich in erster Linie aus den vielfältigen Aufgaben und Dienstleistungen, die die Stadt aufrechterhalten möchte beziehungsweise muss. Rede von Oberbürgermeister Jürgen Roth zur Einbringung des Haushalts 2026/27 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2030 im Gemeinderat am 04.02.2026

Neben Transferaufwendungen und Personalausgaben, sind **Zins und Tilgung** sowie **Sach- und Dienstleistungen** weitere Ausgabenblöcke.

Unterm Strich weist das **Ordentliche Ergebnis** unter Berücksichtigung der Änderungsliste und nach Abzug der Erträge einen **Fehlbetrag von 18,5 Millionen Euro** im Jahr 2026, respektive **13,8 Millionen Euro** in 2027 aus. Dies bedeutet, ohne Berücksichtigung von Abschreibungen einen Finanzmittelbedarf von 9,8 Millionen Euro für 2026 und 4,7 Millionen Euro für 2027.

Im Ergebnis bleibt ein Defizit also bestehen. Wir konnten es allerdings von 45 auf 18,5 Millionen Euro senken. *Ist das nicht auch eine Botschaft?*

Ich möchte Sie daher in den Diskussionen der kommenden Wochen einfach darum bitten – hier im Gremium, am Esstisch, auf dem Wochenmarkt – sich immer auch die Mühe zu machen, die Zahlen einzuordnen.

Natürlich immer bezogen auf die noch kommenden öffentlichen Beratungen und letztlich nach der finalen Entscheidung des Gemeinderates.

IV. Der Doppelhaushalt 2026/2027: Finanzhaushalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun möchte ich den Finanzhaushalt beleuchten. Er zeigt, wohin wir investieren, was wir aufbauen und wie wir unsere Stadt wertsteigernd weiterentwickeln. Der Haushaltsentwurf knüpft an das an, was ich beim Neujahrsempfang als meine Vorstellung eines **VS2035** beschrieben habe: eine Stadt, die mutig gestaltet statt verwaltet, die Chancen sieht statt Risiken, und die ihre Stärken verbindet, statt das Trennende zu suchen.

Trotzdem gilt: Wir können nicht alles realisieren. Auch berechnete Wünsche lassen sich in diesem Doppelhaushalt nicht vollständig abbilden.

Verwaltung und Gemeinderat haben sich bei der letzten Haushaltsverabschiedung eine maximale Fremdkapitalaufnahme von 175 Millionen Euro gesetzt. Aktuell liegen wir bei rund 50 Millionen Euro; in der mittelfristigen Finanzplanung steigt dieser Wert bis 2030 auf 166 Millionen Euro. Damit bleiben wir innerhalb der politisch gesetzten Obergrenze.

In diesen 166 Millionen Euro sind bereits das Bundessondervermögen von 51 Millionen Euro, der Zuschuss von acht Millionen Euro für das Bad sowie Mittel aus dem Landessanierungsprogramm berücksichtigt. Ebenso alle großen Projekte: der Obere Brühl, das Rössle, das gemeinsame Bad, die Peterzeller Brücke und die Bertholdbrücke. Aber auch unsere Maßnahmen für Schulen, Kindergärten, Straßen, Breitband, Sicherheit und anderen Bereichen.

Die Bertholdbrücke verändert die Lage dennoch spürbar: 25 Millionen Euro Investition, davon voraussichtlich 40 Prozent Förderung. Rund 15 Millionen Euro müssen wir selbst tragen. Das belastet uns, aber es ist finanzierbar. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die vorgeschlagene kritische Aufarbeitung des Projekts.

Trotz dieser Belastung bleiben wir innerhalb der Schuldenobergrenze. Perspektivisch sinkt die rechnerische Schuldenlast von 190 auf 139 Millionen Euro. Gleichzeitig müssen wir wissen: 2030 werden wir rund 4,5 Millionen Euro Zinslast schultern müssen.

Unterm Strich weist die Stadt jedoch eine ausreichende Liquidität auf. Ohne weitere Entscheidungen könnte sie 2030 jedoch unter die vorgeschriebene Mindestgrenze fallen. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, sich erneut über die geplanten Zuweisungen an das Klinikum – jährlich 2,4 Millionen Euro – Gedanken zu machen. Zur Zeit sind diese wunschgemäß enthalten.

Rede von Oberbürgermeister Jürgen Roth zur Einbringung des Haushalts 2026/27 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2030 im Gemeinderat am 04.02.2026

An dieser Stelle möchte ich mit einem Aufräumen: Gerüchte über eine angebliche Zahlungsunfähigkeit der Stadt entbehren jeder Grundlage. Sie sind falsch — und sie verunsichern Menschen, insbesondere in der Verwaltung.

In der mittelfristigen Finanzplanung werden wir also unseren Schuldendienst erheblich erhöhen. Dennoch ist es uns gelungen, einen ehrgeizigen, aber **handlungsorientierten** Doppelhaushalt einzubringen und der sich den Herausforderungen nicht verschließt.

Bei allen Unsicherheiten gibt er dennoch Stabilität und Orientierung und packt entschlossen und weitsichtig die wichtigen Zukunftsthemen an.

IV.a Finanzhaushalt: Hier Bad, Rössle, Oberer Brühl

Das gemeinsame Bad am Klosterhof gehört hier eindeutig dazu. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns dafür im Juni 2024 einen klaren Auftrag gegeben. Das Investitionsvolumen liegt bei 55 Millionen Euro, wovon die Stadt 50 Millionen als Gesellschafterzuschuss trägt und die BVS fünf Millionen beisteuert. Mit einer möglichen Bundesförderung von acht Millionen Euro würde der städtische Anteil auf 42 Millionen sinken.

Ein neues gemeinsames Bad ist die nachhaltigste Lösung. Es schafft mehr Schwimmfläche, mehr Zeiten für Schulen und Vereine und bessere Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit. Es ist die wirtschaftlichste, zukunftsfähigste und sozialste Lösung für Villingen-Schwenningen. Und ein weiterer weicher Faktor ist, dass es neben dem Klinikum eine weitere zentrale Einrichtung zwischen V und S gibt.

Eines der strategisch wichtigsten Projekte für Schwenningen ist das **Rössle**. Mit dem Kauf des Gebäudes und der Fläche hat die Stadt eine Entscheidung getroffen, die uns Handlungsspielräume eröffnet, statt uns fremdbestimmen zu lassen.

Die Machbarkeitsstudie sieht Investitionen von bis zu 54 Millionen Euro vor; weitere rund 40 Millionen Euro könnten 2030 bis 2035 in die Innenstadt fließen – bei einer möglichen Landesförderung von rund 20 Millionen Euro.

Diese Investitionen sind hoch, aber sie sind richtig. Das Rössle schafft langfristige Vermögenswerte, senkt Miet- und Unterhaltskosten und bietet Lösungen für Einrichtungen, die heute Sanierungsfälle sind: Bibliothek, VHS, Heimatmuseum, Galerie. Die Umsetzung erfolgt schrittweise, beginnend mit dem Turm, in den ab 2028 die Verwaltung aus der Winkelstraße umziehen soll.

Rede von Oberbürgermeister Jürgen Roth zur Einbringung des Haushalts 2026/27 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2030 im Gemeinderat am 04.02.2026

Bei der *Diskussion pro oder contra Rössle* dürfen wir eines nicht vergessen: Wenn wir das Rössle nicht nutzen, müssen wir Bibliothek, VHS und Museen dennoch sanieren – und das wäre weder günstiger noch strategisch sinnvoll. Die Bürgerinnen und Bürger in Schwenningen haben nach Jahren der Debatte konkrete Antworten verdient. Das Rössle ist genau diese Antwort – und eine große Chance für die Entwicklung der Innenstadt.

Schwenningen hat enormes Potenzial: Veranstaltungen, Hochschulen, Sport, ein starkes Gewerbe. Lassen Sie uns dieses Potenzial nutzen und jetzt investieren – nachhaltig, verantwortungsvoll und mit Blick auf kommende Generationen. Das ist Standortpolitik mit Weitblick.

Sollte sich die finanzielle Lage verschlechtern, können wir Teile des Konzeptes zeitlich strecken und klug priorisieren. Stillstand wäre jedoch das falsche Signal – für den Handel, für den Hochschulstandort und für unser Oberzentrum.

Und damit komme ich zum dritten Baustein unserer Investitionsstrategie – einem Projekt, das ebenso prägend für die Zukunft unserer Stadt sein wird: dem **Oberen Brühl**.

Die beiden Verwaltungsgebäude nehmen 2027 ihren Betrieb auf. Ebenso die Kita. Sie wird über 137 Kindern Platz bieten. Und für die fünf Baufelder haben wir im Herbst ein Unternehmen gefunden, das über 570 Wohnungen baut. Und nicht irgendwann, sondern innerhalb der nächsten zwei Jahre werden sie bezugsfertig sein, davon 280 sozialverträglich. Leider verbleiben von den Verkaufserlösen wenig bis nichts bei der Stadt. Das ist dem Umstand geschuldet, dass das Land den Oberen Brühl aus dem Landessanierungsprogramm bezuschusst.

Nicht unerwähnt möchte ich den Bau lassen von über 100 Wohnungen in Schwenningen durch die WBG. Den dazugehörigen Gesellschafterzuschuss haben wir bereits 2025 verbucht.

IV.b Finanzhaushalt: Hier Allgemeine Darstellung

Nach den großen Linien möchte ich nun auf die Breite unserer Investitionen schauen. Denn diese vier großen Projekte erzählen nur einen Teil unserer Geschichte. Wer genauer hinschaut, erkennt: Wir investieren weit mehr – und vor allem dort, wo es den Alltag der Menschen unmittelbar verbessert; in Bereiche, die unsere Stadt tagtäglich tragen.

Im Bereich **Tiefbau** investieren wir mit 52,8 Millionen Euro bis 2030 weiter umfänglich in unsere Infrastruktur:

- 26,2 Millionen in die Sanierung unserer **Brücken**,
- 22,5 Millionen für den **Breitbandausbau**,
- sowie weitere Millionen für unsere Straßen.

Bei der **Bildung** stehen etliche Maßnahmen an den Schulen an:

- der Umbau der Hallerhöhe mit 4,5 Millionen Euro zur Grundschule
- der Umbau der Friedensschule mit 1,4 Millionen Euro ebenfalls zur Grundschule.
- Elf Millionen Euro für den Umbau der Hirschbergschule zur Janusz-Corzac-Schule
- 4,5 Millionen Euro für Fachräume für den Schulverbund am Deutenberg.
- Darüber hinaus stehen diverse Brandschutzmaßnahmen an, wie bei der Bertholdschule in Höhe von 3,5 Millionen Euro.

Gleichzeitig setzen wir unsere Ausbauoffensive im **Kita-Bereich** fort:

- Zwei Millionen Euro für den Neubau der Kita Oberlin
- 5,7 Millionen Euro für den Neubau Oberer Brühl
- zwei Millionen für die Erweiterung der Kita Schwalbenhaag
- 2,2 Millionen Euro die Kita Pfaffenweiler.

Im Bereich **Sicherheit** setzen wir den **Feuerwehrbedarfsplan** weiter Schritt für Schritt um.

Bis 2030 investieren wir rund zehn Millionen in die Ausstattung und Infrastruktur unserer Feuerwehr. Dazu gehören beispielsweise die Anschaffung verschiedener Fahrzeuge sowie der Neubau des Feuerwehrzentrums und des Feuerwehrgerätehauses in Pfaffenweiler.

Zudem möchten wir in ein dauerhaftes Sicherheitskonzept für Großveranstaltungen in den Innenstädten entwickeln, welches insbesondere den **Zufahrtsschutz** beinhaltet. Insgesamt stehen sechs Millionen Euro bereit. Damit werden wir Veranstaltungen und Ereignisse wie die Fasnet noch sicherer machen. Hierdurch möchten wir laufende Kosten, die durch Beauftragung externer Dienstleister und Anmietung von Gerätschaften Dritter entstehen, vermeiden. Dies schont langfristig unseren Ergebnishaushalt, beansprucht jedoch für den Anfangsinvest unseren Finanzhaushalt.

In den vergangenen Minuten habe ich viele Investitionen vorgestellt – einige davon groß, manche sehr groß in ihrem Umfang. aber vor allem groß in ihrer Bedeutung.

Ja, sie erhöhen unsere Zinslast und unsere Abschreibungen. Aber sie schaffen vor allem eines: Zukunft. Sie stärken unsere Infrastruktur, sie sichern unsere Angebote, sie eröffnen Chancen, die wir ohne sie nicht hätten.

Wir investieren nicht, weil es leicht ist, sondern weil es notwendig ist.

Ich bin fest überzeugt: Jede dieser Maßnahmen tragen unsere Stadt – heute und morgen.

Letztlich können wir Ihnen zusammengefasst folgenden Ausblick mitgeben.

- Wir könnten die Investitionen schultern, wenn wir es wollen,
- wir werden den Abbaupfad im konsumtiven Haushalt weiter gehen und mit Optimierungen die Ausgaben weiter senken und
- wir werden am Ende und bei gleichen Voraussetzungen noch ein Guthaben aufweisen, was uns Freiheiten gibt, auch nach 2030 gestalten zu können.

V. Schluss

Sehr geehrte Damen und Herren,

beim Neujahrsempfang habe ich davon gesprochen, wie wichtig eine klare Grundüberzeugung für unser VS2035 ist. Eine Grundüberzeugung, die den Blick hebt, die Chancen erkennt, die Mut macht. Eine solche brauchen wir jetzt – in den Beratungen, in den Entscheidungen, in den kommenden Wochen.

Der Doppelhaushalt 2026-27, den ich heute einbringe, ist deshalb auch kein Haushalt der Resignation. Er ist ein Haushalt des Machbaren. Ein Haushalt, der Prioritäten setzt, der ehrlich ist, der Verantwortung übernimmt. Das ist in diesen Zeiten alles andere als selbstverständlich. Und es zeigt: Wir gestalten, wir reagieren nicht nur.

Ein solcher Doppelhaushalt entsteht nicht am Schreibtisch eines Einzelnen, sondern durch das Zusammenspiel vieler. Mein **Dank** gilt den Amtsleitungen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadtverwaltung. Sie alle haben in den vergangenen Wochen und Monaten mit großer Sorgfalt, Professionalität und Ausdauer an diesem Entwurf gearbeitet. Stellvertretend und zuvorderst möchte ich hier das Team um Herrn Kech, Herrn Schelling und Herrn Beermann nennen.

Mein Dank gilt ebenso den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern und den Teams in unseren Eigenbetrieben. Und er gilt allen voran Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats. Sie haben bereits unzählige Abendstunden in den Gremien, in Ihren Fraktionen, zuhause für die Haushaltskonsolidierung auf sich genommen – und das alles in Ihrer Freizeit. Dieses Engagement gebührt meinen allergrößten Dank und meine Anerkennung. *Herzlichen Dank für den gemeinsamen Weg der letzten Monate, für Ihre Bereitschaft, Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen.*

Mit dieser Grundüberzeugung möchte ich Ihnen zum Abschluss meinen einzigen Wunsch für die kommenden Wochen mitgeben: Gehen wir in die Beratungen: hart in der Sache; aber fair in der Diskussion, klar im Blick, ehrlich in der Analyse und mutig im Gestalten. Nicht blind für die Schwierigkeiten, aber auch nicht taub für die Chancen.

Villingen-Schwenningen hat schon oft bewiesen, dass wir gemeinsam mehr erreichen, als viele uns zutrauen. Lassen Sie uns das auch in diesem Haushalt zeigen.

Vielen Dank.